



Zerschlagene Sternstunde der Demokratie

Kenia hat innerhalb von zwei Monaten drei Mal gewählt. „Die Republik ist ein Pulverfass“, sagt der Trierer Afrika-Experte Johannes Michael Nebe. Mit Studenten war er vor Ort, als die Republik kurzfristig Emotionen wie einst beim Mauerfall in Deutschland erlebte.

VON KATJA BERNARDY

TRIER/NAIROBI Philipp Anton hat es gewagt. Der Trierer Student der Politik-Wissenschaften und Geographie war ins kenianische Dandora gereist und hat gesehen und gerochen, was er niemals vergessen wird: Auf einer Müllkippe, groß wie 76 Fußballfelder, türmen sich Chemieabfälle neben Schlachtabfällen. Kein Wort wird dem Gestank gerecht. Hier leben Tausende Menschen. „Die Ärmsten der Armen stürzen sich auf Lastwagen, die Müll auskippen, um etwas zu finden, was sie verwerten können“, schildert der 23-Jährige.



Eigentlich sollten Caroline und Imelda in der Schule sitzen. Da sie das Schulgeld nicht zahlen können, sammeln sie stattdessen Verwertbares in den Müllbergen Dandoras.

FOTO: PRIVAT

meine hilfe zählt.
VOLKSFREUND-LESER SPENDEN
Aktueller Spendenstand: 1.911.449 €

Stefanie Adams hat Bilder im Kopf von 70 Kindern, zusammengepackt in einem fensterlosen Wellblechverschlag, sie lernen bei 40 Grad. „Hinter dem Klassenzimmer ist ein Rinnsal, gefüllt mit Fäkalien“, erzählt die 27-jährige Master-Studentin der Psychologie. Hütten in den Slums seien noch kleiner und menschenunwürdiger als man sie von Fotos kenne.

Das ist die eine Facette des Landes, die Anton und Adams kennengelernt haben. Sie gehörten zu den neun Trierer Studenten um den Afrika-Experten und ehemaligen Hochschuldozenten Johannes Michael Nebe, 76, die im August für vier Wochen nach Kenia gereist waren. Gemeinsam mit elf kenianischen Studenten haben sie fast 300 Jugendliche in einem Slum in der Hauptstadt Nairobi interviewt. „Was erwarten sie von der Politik ihres Landes?“, wollten die Studie-

renden wissen. Das Projekt „Youth expectations of Kenya Politics“ wurde vom Verein „Bildung fördert Entwicklung“, dessen Gründer Ne-

be ist, und der Kenyatta University Nairobi initiiert (der TV berichtete).

Die andere Facette Kenias „Wir haben viele junge Menschen erlebt, die sehr viel Potenzial und Hoffnung haben“, sagt Philipp Anton. Und in Kenia gäbe es Reiche, die so reich seien, dass ein deutsches Managergehalt einem Hausmeistergehalt gleichkomme. Die Jugend wünscht sich Veränderung, ist das Ergebnis der Befragung. „Sie wollen spüren, dass etwas für die Menschen getan wird, gegen die Jugendarbeitslosigkeit und für mehr Sicherheit“, sagt Adams.

Es brodelt in Kenia Seit Jahrzehnten kämpfen zwei Clans um die Macht, die Kenyattas und die Odingas. Am 30. Oktober wurde Amtsinhaber Uhuru Kenyatta mit 98 Prozent der Stimmen zum Sieger der Präsiden-

tenwahl erklärt (siehe Text unten). Auf Druck der Opposition unter Raila Odinga, er hat übrigens in Leipzig studiert, war die erste Wahl annulliert worden. Das oberste Gericht hatte die Abstimmung vom 8. August wegen Unregelmäßigkeiten für ungültig erklärt. „Wir haben danach Emotionen wie beim Mauerfall in Deutschland erlebt“, sagt Anton. Jubelrufe, in der Stadt wurde gefeiert. „Niemand hatte mit der Annullierung der Wahl gerechnet“, sagt Anton. Es sei eine Sternstunde der Demokratie gewesen.

Johannes Michael Nebe kennt die Kehrseite: „Das Oberste Gericht hat mit Morddrohungen für diese Entscheidung bezahlt“, sagt er. Ihm zufolge ist die Wahl „eine manipulierte Wahl, wie sie im Buche steht“. „Alle die Geld haben, kaufen Stimmen, Wahlurnen verschwinden und Wahlzettel werden schon für ungültig erklärt, bevor sie über-

haupt ausgefüllt sind“, sagt der Kenia-Kenner. Auch Zeitungen hätten von Wahlbetrug berichtet.

Nebe ist davon überzeugt, dass die Armut zu bekämpfen, da reiche Machtinhaber die Armen kaufen könnten, um ihre Position zu untermauern.

Mit Spannung und Sorge haben Nebe und die Trierer Studenten die Neuwahl verfolgt. Die Wahlen waren von Unruhen begleitet, bei denen Tote und Verletzte beklagt wurden. Ständig gehen bei ihnen SMS und E-Mails aus Kenia ein. „Ein junger Kenianer schrieb mir: Es gibt keine Demokratie in Kenia, es ist eine Bananenrepublik, die von einer kleinen Elite kontrolliert wird“, sagt Nebe. Damit treffe der Afrikaner den sprichwörtlichen Nagel auf den Kopf. Kenia sei ein Pulverfass, sagt der ehemalige Hochschuldozent. „78 Prozent der

Bevölkerung, die jünger als 35 Jahre ist, lässt sich das nicht mehr gefallen“, sagt Nebe.

Philipp Adams glaubt: „Der Funke der Sternstunde der Demokratie, die wir miterlebt haben, glimmt weiter.“

Unter der Projektnummer 54892 bittet der Verein um Spenden, um kenianischen Studierenden ein Praktikum in Trier zu ermöglichen.

INFO

So spende ich

Unter volksfreund.de/meinehilfe Projekt auswählen, Spendenbutton anklicken, abgefragte Daten eingeben. Jede Spende wird zu 100 Prozent weitergeleitet, der Trierische Volksfreund trägt die kompletten Transferkosten.



Vor der Abreise nach Kenia: Die Studierenden aus Trier, die kurze Zeit später in Afrika ernüchternde Erkenntnisse gewonnen haben.

FOTO: PRIVAT

Kenias Staatschef Kenyatta gewinnt umstrittene Wahl

Die umstrittene Wiederholung war von gewalttätigen Demonstrationen der Opposition geprägt. In einigen Landesteilen konnte gar nicht gewählt werden.

NAIROBI (dpa) Kenias Staatschef Uhuru Kenyatta hat die von der Opposition boykottierte neue Präsidentschaftswahl wie erwartet klar gewonnen. Kenyatta habe bei der Wahl 98,26 Prozent der Stimmen erhalten, sagte der Leiter der Wahlkommission, Wafula Chebukati. Oppositionsführer Raila Odinga, der seine Unterstützer zum Boykott aufgerufen hatte, erhielt demnach 0,96 Prozent der Stimmen.

Kenyatta hatte die erste Wahl im August gewonnen, diese wurde aber nach einem Antrag Odingas beim Obersten Gericht wegen Unregelmäßigkeiten annulliert. Bei der Neuwahl am Donnerstag kam es zu gewalttätigen Protesten, auch nach Verkündung der Ergebnisse demonstrierten Oppositionsunterstützer.

Die Wahlkommission habe eine „freie, faire und glaubwürdige Wahl“ liefern können, sagte Chebukati. Vor der neuen Abstimmung gab es Zweifel, ob eine glaubwürdi-

ge Wahl in dem angespannten politischen Klima möglich wäre. Kenyatta sagte nach Verkündung des Wahlergebnisses, sein Sieg sei Teil eines Prozesses, der womöglich wieder einem „konstitutionellen Test in unseren Gerichten“ unterzogen werde. Er werde sich diesem stellen, „egal, was das Resultat ist“.

Die „Scheinwahl“ dürfe nicht akzeptiert werden, sagte Odinga am Dienstag. Wenn sie so hingenommen werde, werde sie den Prozess des Abstimmens verhöhnern und die historische Annullierung des ersten Wahlgangs nutzlos machen. Allerdings sagte er nicht, ob er auch diesen Wahlgang vor dem Obersten Gericht anfechten wird. Er rief unter anderem zu friedlichen Demonstrationen auf. Laut Verfassung kann innerhalb von sieben Tagen nach Verkündung des Wahlergebnisses ein Antrag beim Obersten Gericht eingereicht werden.

Bereits kurz nach Verkündung des Wahlergebnisses kam es in ei-

nigen Slums von Nairobi — Hochburgen der Opposition — zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizisten. In Ki-bera waren Hunderte Demonstranten, die unter anderem Reifen verbrannten, wie eine dpa-Reporterin berichtete. Die Polizei setzte Tränengas ein.

Proteste der Opposition hatten bereits den Wahltag und die Tage danach überschattet. Unterstützer Odingas stießen im Westen Kenias und Teilen Nairobis mit der Polizei zusammen, mindestens vier Menschen wurden getötet. Die Polizei habe „rechtswidrige“ Gewalt gegen Demonstranten eingesetzt, kritisierte Amnesty International. Unterstützer Odingas blockierten Straßen und Wahllokale, manche Mitarbeiter der Wahlkommission wurden laut Chebukati auch durch Gewalt davon abgehalten, zu den Wahllokalen zu gelangen. In einigen Landesteilen konnte daher gar nicht gewählt werden.

Die Wahlbeobachtermission der EU warnte, die „gefährliche politische Pattsituation“ füge Kenias Demokratie Schaden zu. Die Taten beider politischer Seiten hätten die Menschen und Institutionen des Landes in eine extrem schwierige Lage versetzt, sagte die Leiterin der Mission, Marietje Schaake. Dazu gehörten demnach unter anderem Angriffe auf die Wahlkommission und die Justiz, Behinderung des Wahlprozesses und unverhältnismäßige Handlungen einiger Sicherheitskräfte.

Beobachter befürchten, dass es mit Kenyattas Sieg zu weiteren gewalttätigen Protesten kommen könnte. Zudem könnten dem seit 2013 amtierenden Staatschef in seiner zweiten Amtszeit Experten zufolge Probleme der Legitimität drohen. Bei der Wahlwiederholung gaben laut der Kommission nur 39 Prozent der 19,6 Millionen Wahlberechtigten ihre Stimmen ab, im August waren es 79 Prozent gewesen.

Bereits im Voraus der Neuwahl hatte es Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Abstimmung gegeben. Bei ihrem kontroversen Rücktritt hatte eine hochrangige Mitarbeiterin der Wahlkommission erklärt, die Kommission folge parteipolitischen Interessen und damit könne keine demokratische Abstimmung gewährleistet werden.

Nach dem ersten Wahlgang im



Der kenianische Oppositionsführer, Raila Odinga.

FOTO: DPA

August wurde Kenyatta mit 54 Prozent der Stimmen zum Sieger erklärt, Odinga warf ihm aber Wahlbetrug vor und zog vor das Oberste Gericht. Dies annullierte die Wahl überraschend und nannte schwerwiegende Fehler der Wahlkommission als Grund. Kenyatta nannte die Gerichtsentscheidung einen „richterlichen Putsch“. Als die Kommission aus Sicht Odingas nicht die nötigen Reformen einleitete, um eine faire Wahl zu garantieren, rief der Oppositionsführer zum Boykott der Neuwahl auf.

Wahlen in Kenia waren in der Vergangenheit oft mit ethnischer Gewalt verbunden. 2007 kam es blutigen Zusammenstößen, bei denen mehr als 1000 Menschen getötet wurden und rund 150 000 flohen.

Produktion der Seite: Rainer Neubert